

Kassen entlasten, Lohnnebenkosten für Bürger*innen eindämmen, teure und ineffiziente Strukturen reformieren

5 Sofortmaßnahmen um unsere Kranken- und Pflegeversicherung gerecht zu reformieren und finanziell zu stabilisieren

30. September 2025

Autor*innenpapier von Britta Haßelmann, Misbah Khan, Dr. Janosch Dahmen, Linda Heitmann und Simone Fischer.

Nie zuvor haben die Beitragszahler*innen einen so hohen Teil ihres Einkommens für die Gesundheits- und Pflegeversorgung aufgebracht – und leiden trotzdem unter immer längeren Wartezeiten und Terminengpässen. Während Pflegekräfte und Ärzt*innen teils am Rande der Belastungsgrenze Übermenschliches leisten, liegt die Lebenserwartung in Deutschland inzwischen unter westeuropäischem Durchschnitt. Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist so teuer, weil zu viel Geld in ineffizienten Strukturen versickert und an falschen Stellen Ausgaben ungebremsst steigen. Bei den gesetzlichen Krankenkassen zeigt sich das massive Ausgabenproblem besonders deutlich: Trotz eines Einnahmeplus von über 4 Prozent im vergangenen Jahr stiegen die Ausgaben im gleichen Zeitraum um mehr als 8 Prozent. Die Probleme sind nicht neu und seit Jahren liegt eine Vielzahl an Maßnahmen auf dem Tisch, die sofort zur Stabilisierung der Kassen beitragen. Anstatt sich dem anzunehmen, verliert sich die aktuelle Bundesregierung in Konzeptlosigkeit und Flickwerk. **Die ständigen Vorstöße zu möglichen Leistungskürzungen, die aus der Bundesregierung selbst angestoßen werden, wie etwa die jüngste Debatte zu Pflegegrad 1, führen zu einer massiven Verunsicherung bei Millionen Bürger*innen.** Dabei braucht es ehrliche Reformen, um einen stabilen und gerechten Sozialstaat für die Zukunft zu sichern. Viele Reformideen liegen längst fertig in den Schubladen der Ministerien. Wir fordern Union und SPD auf, folgende Sofortmaßnahmen endlich anzupacken, anstatt sich weiter im fruchtlosen Streit zu verlieren oder wichtige Reformen zurückzudrehen:

1. Kranken-, Pflegekassen und Versicherte kurzfristig entlasten: Kostenintensive versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanzieren und pandemiebedingte Kosten zurückzahlen

Es kann nicht sein, dass die gesetzlich Versicherten die Rechnung für Aufgaben zahlen, die eigentlich der Staat übernehmen müsste. Die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung darf nicht länger als eine Art Schattenhaushalt für die Sozial- und Gesundheitspolitik erhalten.

Zum Beispiel die Kranken- und Pflegeversicherung von Bürgergeldbeziehenden oder Rentenbeiträge für pflegende Angehörige sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben; und die müssen auch aus Steuermitteln finanziert werden. Momentan aber tragen allein die Beitragszahler*innen diese Last, privat Versicherte und Spitzenverdiener*innen sind nicht gleichermaßen beteiligt. Das ist unfair. Noch dazu wurden den Pflegekassen unter Ex-Gesundheitsminister Spahn milliardenschwere Kosten aufgedrückt. Diese Kosten führen heute zu steigenden Beiträgen für alle. Auch diese Gelder müssen endlich vom Bund zurückgezahlt werden. Beide Maßnahmen, die Übernahme der gesellschaftlichen Kosten durch den Staat und die Rückzahlung unrechtmäßig aufgebürdeter Lasten, würden die Pflege- und Krankenkassen sofort entlasten. Und vor allem: Sie würden die Kosten gerecht



verteilen, weg von einseitiger Belastung der Beitragszahler*innen, hin zu einer solidarischen Finanzierung.

2. Krankenhausreform konsequent umsetzen, um bei besserer Qualität Kosten zu sparen

Durch die Krankenhausreform werden ineffiziente und teure Strukturen abgebaut und dafür spezialisierte sowie qualitativ hochwertige Klinikstandorte konsolidiert. Statt die Reform aber voranzutreiben, will die Bundesregierung sie zulasten der Versorgungsqualität aufweichen. Das wäre fatal: Das Gesundheitssystem würde erneut komplizierter und teurer und die Beiträge für alle Versicherten dürften weiter steigen. Im Interesse der Patient*innen muss die Reform konsequent umgesetzt werden.

3. Notfall- und Rettungsdienstreform umsetzen, um Versorgung zu sichern und Kosten zu senken

Eine ineffiziente Verteilung leichter Fälle führt zu hohen Kosten und überlasteten Notaufnahmen. Eine beschlussreife Reform, die eine direkte und abschließende Behandlung durch Hausärzt*innen und ambulante Fachärzt*innen oder durch den Rettungsdienst stärken soll, liegt seit Monaten im Gesundheitsministerium. Sie würde jährlich bis zu fünf Milliarden Euro einsparen und die Qualität der Versorgung verbessern.

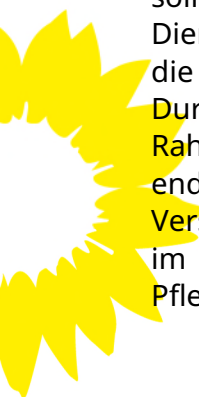
4. Arzneimittel bezahlbar halten

Die Ausgaben für neue, innovative und patentgeschützte Arzneimittel sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Verfestigt sich diese Kostenexplosion zu einem Automatismus, wird das Gesundheitssystem überfordert. Es braucht wirksame Regeln, die Kosten und Nutzen in ein vernünftiges Verhältnis setzen und Mondpreise verhindern. Auch hier liegen weitreichende Vorschläge des Sachverständigenrats Gesundheit und Pflege seit Mai auf dem Tisch der Gesundheitsministerin. Gesundheitsministerin Warken ist nun in der Verantwortung hieraus noch im Winter konkrete politische Vorhaben abzuleiten.

5. Hausärztliche Steuerung und Primärversorgung

Hausärztinnen und -ärzte müssen mit ihren Teams, wie bei unseren europäischen Nachbarn, verbindlich die erste Anlaufstelle im System werden. So verhindern wir insbesondere Über- und Fehlversorgung, entlasten Kliniken wie Fachärztinnen und -ärzte und reduzieren die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen um bis zu drei Milliarden Euro pro Jahr.

Um unser Gesundheits- und Pflegesystem mittel und langfristig zukunftsfest zu machen, braucht es über solche Sofortmaßnahmen hinausgehende, grundlegende Reformen. Dazu zählt eine kluge **Reform der Pflege**, die Leistungen passgenauer und bedarfsgerechter organisiert. Pflege wird bezahlbarer, wenn die Bundesregierung endlich bestehende Fehlanreize beseitigt und Leistungen stärker am tatsächlichen Bedarf der Menschen ausrichtet. Bei der Entscheidung, welche Maßnahmen für Pflegebedürftige sinnvoll sind, sollten künftig Pflegefachpersonen stärker einbezogen werden – nicht allein der Medizinische Dienst, der die konkrete Situation vor Ort oft nur schwer beurteilen kann. Gleichzeitig muss die Politik dafür sorgen, dass sich die Pflegebranche auch für die Beschäftigten verbessert: Durch bessere Strukturen, eine Entlastung im Arbeitsalltag und Arbeitsbedingungen, die im Rahmen bleiben. Ebenso müssen die rund 4,8 Millionen pflegenden An- und Zugehörigen endlich stärker in den Blick genommen werden – sie sind das Rückgrat unserer pflegerischen Versorgung. Die Bundesregierung darf sie nicht länger alleinlassen, sondern muss sie gezielt im Alltag unterstützen, finanziell absichern und sozial entlasten. Nur so lassen sich Pflegequalität und Lebensqualität der pflegebedürftigen Menschen nachhaltig verbessern.





Und schließlich muss sich die Koalition der Verantwortung stellen, die derzeitige **Schieflage im Zwei-Klassen-System zu korrigieren**. Dabei ist es zentral, schrittweise auch die privaten Krankenversicherungen in einen fairen Lasten- und Risikoausgleich einzubeziehen und die Steuerzuschüsse über ein gerechtes Steuersystem zu finanzieren, in dem auch sehr hohe Vermögen und Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag leisten. Damit wird die Finanzierung insgesamt fairer verteilt als heute und die arbeitende Bevölkerung samt Unternehmen wirkungsvoll und nachhaltig entlastet.

